



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Lernen wir?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Lernen wir?



u den besten Tagen in dem politischen Leben Deutschlands, seitdem dieses ein Reich ist und eine Volksvertretung besitzt, gehört unstreitig der des Zusammenschlusses der nationalen Parteien gegen alles, was fremden Leitsternen folgt, mögen diese in Rom oder Paris, in London oder Jerusalem funkeln. Da sah man wieder einmal den deutschen Michel die schwerfälligen Glieder recken und allerlei Gezücht von sich abschütteln, das nur allzulange mit dem trägen Riesen hatte sein Spiel treiben dürfen. Eine wie gute That er gethan hatte, das mußte ihm vor allem das Zetern und Geisern derer beweisen, die dabei unsanft auf den Boden gesetzt worden waren, und die verblüffte Miene aller, die schon wieder auf die unheilbare Uneinigkeit der Deutschen gerechnet hatten. Und frisch atmete der Vaterlandsfreund auf nach Zeiten der hangen Sorge und der tiefen Beschämung durch das Schauspiel, welches gegenüber der Haltung anderer Parlamente das deutsche geboten hatte. Eine Folge schwerster Ereignisse hatte jenes rasche Aufleuchten deutscher Gesinnung, das einen freudigen Schein auf die letzte Lebenszeit des greisen Kaisers warf, fast aus unserm Gedächtnisse verwischt. Soll es uns nun durch sein eben so rasches Erlöschen in Erinnerung gebracht werden? Sind denn die Gefahren, welche damals zum Zusammenhalten mahnten, für alle Zeit gebannt, daß wir uns ungestraft wieder unsrer nationalen Schwäche überlassen dürften?

Die vor einem Jahre einander die Hände reichten, waren ja keine Kinder. Sie wußten, daß jede Vereinigung zu gemeinsamem Handeln von jedem Teilnehmer einen gewissen Verzicht fordert; das ist der Einsatz für den Anteil am gemeinsamen Gewinne. Aber es scheint, daß jeder einen Löwenvertrag schließen wollte, und erzürnt ist, weil der Verbündete nicht allein auf dem einen bedrohten Punkte Hilfe leihen, sondern auch auf dem andern Hilfe haben will, die möglicherweise ein Opfer kostet.

Der Fall von Siegen verstimmt die äußerste Rechte, und das ist begreiflich. Hosprediger Stöcker ist in der Partei hoch angesehen, und sie will gerade den dem Judentum und seiner freisinnigen Gefolgschaft am meisten verhassten Mann nicht missen. Auch wir würden solchen Triumph den Internationalen ungern gönnen. Aber um wie viel größer ist der Triumph, wenn um Stöckers willen

das Bündnis gesprengt wird! Um diesen Preis werden sie mit Freuden selbst den „Hosprediger“ wieder auf der Rednerbühne erblicken, den aus seinem Amte zu verdrängen ihnen vor einigen Monaten nicht gelingen wollte. Denn — wie oft haben sie das ausgesprochen — aller Übel größtes heißt ihnen Kartell. Könnte da die Wahl zweifelhaft sein, auch wenn es sich um einen noch bessern handelte? Mit der Thatsache muß doch der Politiker rechnen, daß Stöckers Name in Berlin die Wahl eines Reichstreuens verhindert hat, daß seine Person auch bei den Mittelparteien entschieden unbeliebt ist. Mit der Sprengung des Kartells wäre seine Wahl viel zu teuer bezahlt, und man hätte von seinem Patriotismus erwarten dürfen, daß er selbst zurückträte.

Das wäre heute freilich schon zu spät. Ob er in Siegen gegen die Nationalliberalen siegt oder unterliegt, gleichviel: jubelnd verkündet der Freisinn nah und fern, daß die Konservativen das Tischtuch zerschnitten haben und die äußersten Anstrengungen machen, um ihre Bundesgenossen von gestern überall zurückzudrängen.

So besorgen die Konservativen die Geschäfte der Freisinnigen. Das gilt nicht bloß für die Schwächung der gemäßigten Elemente im Reichstage wie im preussischen Landtage und die mögliche Auferstehung der radikal-kerikal-welfisch-polnisch-dänisch-französisch-sozialdemokratischen Mehrheit. Auch der Wiederkehr einer konservativen Mehrheit würde die Firma Richter und Compagnie sich zu freuen Ursache haben. Gar so weit zurück liegt ja noch nicht die Zeit vor 1862, und der Name „Landratskammer“ klingt uns noch in den Ohren und ruft Bilder herauf, die sicherlich nicht geeignet sind, unser Nationalgefühl zu befriedigen. Zuerst fällt da allerdings der Mangel an politischer Einsicht und das starre Festhalten an alten Glaubenssätzen bei der Opposition in die Augen. Allein wir sehen auch, durch wessen Schuld die Mißstimmung so allgemein geworden war, daß die große Mehrheit des preussischen Volkes nur noch von dem Parlamentarismus Heil erwartete. Daß Bismarck einst Mitglied der Partei gewesen war, unter deren Regiment das Land zwölf Jahre lang geseufzt hatte, das erzeugte das Mißtrauen gegen ihn; die Erinnerung an Warschau und Olmütz ließ keine günstige Meinung von seiner auswärtigen Politik aufkommen, und in dem Staatsmanne, der seine Pläne auch ohne die Vertretung durchzuführen entschlossen war, sah man nur einen neuen, noch rücksichtsloseren, noch „reaktionärerem“ Manteuffel. Und wie Preußen, so dachte fast das ganze übrige Deutschland. Der Widerwille gegen Preußen, zumal im Süden, hatte wohl verschiedene Gründe: Abneigung gegen den protestantischen Staat, Scheu vor dem strammen Militärwesen und Beamtentum, Furcht vor Einderleibung; aber der nicht am mindesten gewichtige Grund war die Überzeugung, daß Preußentum gleichbedeutend sei mit Junker- und Muckertum, und daß das preussische Regiment sich von dem österreichischen höchstens durch den Mangel an Gemütlichkeit unterscheide.

Manche Vorurteile sind innerhalb der letzten zwanzig Jahre geschwunden oder im Schwinden begriffen, doch die Meinung von den preussischen Ultrakonservativen hat sich nicht gebessert. Und wie wäre das möglich, da sie selbst sich unverbesserlich zeigen! Man darf ihnen ebenso terroristische Gelüste zu vertrauen wie den Freisinnigen, und wie wir, wenn es nach ihnen gegangen wäre, niemals ein Reich erhalten hätten, verraten sie auch jetzt nur zu oft, daß sie Partikularisten geblieben sind und daß ihnen höher als Preußen ihr Parteinwinkel steht. „Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer konservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt das mitunter selbst,“ sagte der Kanzler einmal im Herrenhause, und erinnerte dabei an frühere „ähnliche grundlose, ich will nicht sagen mutwillig heraufbeschworene Zwistigkeiten.“ Die Herren scheinen diese Worte abermals wahr machen zu wollen. Ihre bisherigen Erfolge im Kampfe gegen Bismarck und die von ihm vertretenen Forderungen der Zeit können sie wohl nicht zur Erneuerung jenes Spieles aufmuntern. Wenn die Geschichtschreibung einmal nötig findet, zu zeigen, mit welchen Widersachern Bismarck zu ringen hatte, werden die Namen Dieß=Daber u. s. w. schwerlich in viel vorteilhafterem Lichte erscheinen als die Richter und Rickert. Indessen mögen sie auf eine Wendung hoffen, welche sie aus Steuerruder bringen könnte. Diese Wendung wird ohne Zweifel ausbleiben, denn auch nach Bismarck wird wahr bleiben, daß eine Parteiregierung in Deutschland ein Unding ist, gleichviel ob sie von rechts oder von links angestrebt wird. Allein die Herren brauchen gar nicht auf der Ministerbank zu sitzen, schon eine rein konservative oder durch die Verbrüderung mit dem Centrum erzielte konservative Mehrheit würde die gemeine Sache tief schädigen. Schon die hochkirchlichen Bestrebungen bringen breite Volksschichten in Aufregung und stören die kaum entschlafenen Antipathien bei den Bundesgenossen auf. So sehr man sich in der Politik vor dem Prophezeien hüten soll: daß der Sieg der Ultrakonservativen wieder eine ultraliberale Hochflut heraufbeschwören würde, läßt sich mit großer Bestimmtheit voraussagen. Ist das die Absicht der Herren, oder haben sie in einem Vierteljahrhundert — und in einem solchen! — ebenso wenig gelernt wie ihre Gegenfüßler? Ist diese Zeit noch nicht ernst und groß genug gewesen, um uns allen ohne Ausnahme den Grundsatz einzuprägen: Über allen Parteien und Glaubensbekenntnissen steht das Vaterland, und die es lieben, müssen, wie im Kriege, so im Frieden treue Waffenbrüderschaft halten, die Kleinigkeiten, die entzweien können, unterordnen dem einen, was einigt? Noblesse oblige. Die deutschen Fürsten haben bei dem Tode Friedrichs III. ein leuchtendes Beispiel gegeben, das in dem gesamten Auslande den tiefsten Eindruck gemacht, den Glauben an Deutschland neu befestigt hat. Wollen die Hochkonservativen durchaus diesen Eindruck wieder abschwächen?